ForE Online Newsletter

16. Jahrgang
Ausgabe 12/2017

IGFH
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
www.igfh.de

Sehr geehrte Abonnent_innen,

Wenn Sie Tagungshinweise, Kongressankündigungen oder sonstige aktuelle Informationen aus der Jugendhilfe im ForE Online veröffentlichen möchten, schicken Sie diese bitte an: igfh@igfh.de oder lydia.tomaschowski@igfh.de

Ihre
Lydia Tomaschowski

Fachtag „(R)ausgeflogen und jetzt ohne Dach über'm Kopf!?" zur Situation wohnungsloser junger Menschen in Nordrhein Westfalen am 6. Februar 2018 in Essen

Fachtag „Sexualität und Macht in pädagogischen Beziehungen" am 14. Februar 2018 in Kassel

Stellungnahmen von Fachverbänden und Organisationen zu fehlender Unterstützung bei Volljährigkeit und medizinischer Altersfeststellung von jugendlichen Geflüchteten

Call for Papers für Forschungskolloquium von IGfH und ISS im März in Frankfurt am Main

Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Vermeidung von Exklusionsprozessen in der Pflegekinderhilfe" veröffentlicht

Zwei Studien des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration und Robert Bosch Stiftung zum Thema Integration und Teilhabe

Die IGfH auch 2017 wieder vielfältig aktiv!

Fachtag „(R)ausgeflogen und jetzt ohne Dach über'm Kopf!?" zur Situation wohnungsloser junger Menschen in Nordrhein Westfalen am 6. Februar 2018 in Essen

Mit dem Titel „(R)ausgeflogen und jetzt ohne Dach über'm Kopf" findet am 6. Februar 2018 in Essen der Fachtag zur Situation wohnungsloser junger Menschen in Nordrhein Westfalen (NRW) statt. Die LAG Jugendsozialarbeit NRW und die LAG Streetwork / Mobile Jugendarbeit NRW e.V. machen mit dem Fachtag auf die Situation vieler wohnungsloser junger Menschen in NRW aufmerksam. Denn rund 20% der 37.000

wohnungslosen Menschen in Deutschland sind minderjährig. Sie leben auf der Straße, kommen bei Freund_innen oder in Notunterkünften unter. In der Regel sind sie von akuter Armut betroffen. Die Tagung will vor allem den intensiven Austausch zwischen Fachleuten fördern. Beiträge von erfahrenen Expert_innen aus Wissenschaft und Praxis sowie drei Praxisforen laden zu einem lebendigen Fachdialog ein, der sich u.a. folgenden Fragen widmen wird: Worauf kommt es an, um wohnungslose junge Menschen zu erreichen? Welche Rahmenbedingungen braucht es, um bedarfsorientiert arbeiten zu können? Welche Hindernisse und Stolpersteine bestehen an den Schnittstellen der relevanten Rechtskreise? Zudem werden sich auf einem Infomarkt zahlreiche Einrichtungen aus NRW vorstellen. Der Fachtag richtet sich an interessierte Fach- und Leitungskräfte. Die Anmeldefrist endet am 22. Januar 2018. Weitere Informationen zum Fachtag finden Sie hier.

Fachtag „Sexualität und Macht in pädagogischen Beziehungen“ am 14. Februar 2018 in Kassel

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Universität Kassel, das Netzwerk gegen Gewalt Hessen sowie das Netzwerk Professioneller Umgang mit Sexualität und Macht im Sozial- und Bildungssektor laden am 14. Februar 2018 zum Fachtag „Sexualität und Macht in pädagogischen Beziehungen – Wissenschaft und Praxis im Dialog“ ein. Nicht nur in Extremsituationen wie bei einem Verdacht auf sexualisierte Gewalt, sondern gerade auch in den alltäglichen pädagogischen Situationen ist eine sensible Reflexions- und Handlungskompetenz im Umgang mit Sexualität und Macht besonders gefragt. Aus diesem Grunde wird sich der Fachtag mit dem pädagogischen Selbstverständnis und der pädagogischen Haltung im Dialog von Wissenschaft und Praxis auseinandersetzen. Ausgehend von theoretisch-konzeptionellen Inputs widmet sich der Fachtag in sechs Workshops ganz praktisch dem Spannungsfeld von Sexualität und Macht in unterschiedlichen pädagogischen Handlungsfeldern. Die Veranstaltung ist durch die Hessische Lehrkräfteakademie akkreditiert. Die Anmeldefrist endet am 31. Januar 2018. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie hier.

Stellungnahmen von Fachverbänden und Organisationen zu fehlender Unterstützung bei Volljährigkeit und medizinischer Altersfeststellung von jugendlichen Geflüchteten

20 Verbände und Organisationen aus Jugend- und Flüchtlingshilfe - u.a. Jugendliche ohne Grenzen (JoG) und die Jugendinitiativen Careleaver e.V. – appellieren in einer Stellungnahme vom 14. Dezember an Politik und Verwaltung, unbegleitete minderjährige Geflüchtete (umF) auf dem Weg in die Volljährigkeit zu unterstützen und damit Verantwortung für ihre Integration zu übernehmen. Die Verbände beanstanden eine Versorgungslücke und eine nicht gewährleistete Anschlussversorgung zu Beginn der Volljährigkeit. Destabilisierung, Schul- und Ausbildungsabbrüche und auch Obdachlosigkeit der jungen Erwachsenen seien oft die Folgen. Anlass für den Appell ist der Jahreswechsel, der für viele der unbegleitet und minderjährig nach Deutschland Geflüchteten die Beendigung der Jugendhilfe bedeutet. Dies auch, weil Asylbehörden den jugendlichen Geflüchteten oft ein fiktives Geburtsdatum am Jahresende zuweisen, ohne dass sie sich effektiv dagegen wehren können.

In einer Stellungnahme vom 13. Dezember lehnen der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (BumF), die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) und das Deutsche Kinderhilfswerk vehement eine gesetzlich vorgeschriebene medizinische „Altersfeststellung“ bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ab. Unionspolitikerinnen hatten diese gefordert. Die Verbände sprechen von Symbolpolitik und gefährlicher Stimmungsmache. Sie weisen darauf hin, dass eine präzise Feststellung des Alters medizinisch nicht möglich sei und medizinische Verfahren wie bspw. Röntgen- und Genitaluntersuchungen in die körperliche und seelische Integrität der Betroffenen eingriffen. Auch die Ethikkommission, Akademien für Kinder- und Jugendmedizin, der Europarat und der UN-Ausschuss für Kinderrechte hatten sich in den letzten Jahren

gegen medizinische Verfahren zur Einschätzung des Alters ausgesprochen.

Call for Papers für Forschungskolloquium von IGfH und ISS im März in Frankfurt am Main

Am 2. und 3. März 2018 findet in Frankfurt am Main das nächste Forschungskolloquium Erziehungshilfen der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) statt. Das Kolloquium gibt Fachkräften und Wissenschaftler_innen die Gelegenheit, ihre Forschungsarbeiten aus dem Bereich der Hilfen zur Erziehung vorzustellen und zu diskutieren. Themen und Präsentationen von Forschungsarbeiten können noch bis **zum 26. Januar 2018** bei der IGfH eingereicht werden. In Absprache mit dem ISS wird dann eine Auswahl getroffen und das Tagungsprogramm erstellt. Seit 1990 veranstaltet die IGfH in Kooperation mit dem ISS jährlich das Forschungskolloquium, um den fachlichen Austausch unter den Wissenschaftler_innen sowie den Theorie-Praxis-Transfer zu fördern. Die Forschenden stellen Methodiken, Fragestellungen und/oder erste Ergebnisse ihrer Projekte und Forschungsarbeiten vor, die dann im Plenum gemeinsam diskutiert werden. Anmeldungen für Präsentationen und inhaltliche Anfragen richten Sie bitte an Josef Koch von der IGfH: josef.koch@igfh.de; Tel.: 069-63398611. Anmeldungen für die Teilnahme bitte an das ISS: veranstaltungen@iss-ffm.de. Bitte beachten Sie, dass die Teilnehmer_innenzahl begrenzt ist.

Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Vermeidung von Exklusionsprozessen in der Pflegekinderhilfe“ veröffentlicht

Das Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (Universität Siegen) hat die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Vermeidung von Exklusionsprozessen in der Pflegekinderhilfe“ der Forschungsgruppe Pflegekinder der Universität Siegen in Kooperation mit dem Erziehungsbüro Rheinland gGmbH veröffentlicht. Das Ziel des Projekts wird wie folgt beschrieben: Auch für Kinder und Jugendliche mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen, die nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können, soll die Option der Unterbringung in einer Pflegefamilie bestehen.

Die zentralen Erkenntnisse der Studie zeigen, wie ein Beitrag für einen gleichberechtigten Zugang, eine Vermeidung von Abbrüchen und eine verbesserte Gestaltung von Übergangsprozessen für Pflegekinder mit Behinderung geleistet werden kann. Die Studie gibt (zukünftigen) Pflegeeltern von Pflegekindern mit Behinderung konkrete Orientierungshilfen und Konzepte für eine fachspezifische Begleitung und Unterstützung. Für Fachkräfte gibt sie Anregungen und Empfehlungen zur Suche nach potentiellen Pflegefamilien, zum Aufbau bedarfsgerechter Strukturen, zu professioneller Haltung und fachlichen Anforderungen. Die Autor_innen Dirk Schäfer und Kathrin Weygandt formulieren abschließend fachliche und fachpolitische Forderungen, um Kindern und Jugendlichen mit Behinderung einen gleichberechtigten Zugang zu geeigneten Pflegefamilien zu ermöglichen. Der Bericht ist hier als Druckexemplar zu erwerben sowie als Pdf abrufbar.

Zwei Studien des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration und Robert Bosch Stiftung zum Thema Integration und Teilhabe

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat zwei aufschlussreiche Studien zum Thema Integration und Teilhabe veröffentlicht. „Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland" ist eine Interviewstudie des SVR und der Robert Bosch Stiftung, die auf 62 qualitativen Interviews basiert, die mit geflüchteten Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Pakistan, Albanien, dem Kosovo und Mazedonien zwischen März 2016 und April 2017 geführt wurden. Die Studie gibt Aufschluss über Bedarfe und Erwartungen der Schutzsuchenden, über ihre Fähigkeiten und ihre aktuelle Lebenslage. Die Ergebnisse der

Studie zeigen, dass flexible Strukturen und passgenaue Maßnahmen für Flüchtlinge nötig und persönliche Begegnungen und zwischenmenschliche Kontakte von zentraler Bedeutung für ihre Integration und Teilhabe sind.

In dem Positionspapier „Papiertiger oder Meilensteine? Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich“ analysiert der SVR Integrationsgesetze bzgl. der Teilhabemöglichkeiten, die von vier Bundesländern in den letzten Jahren verabschiedet wurden: Berlin (2010), Nordrhein-Westfalen (2012), Baden-Württemberg (2015) und Bayern (2016). Die Analyse kommt zu folgendem Ergebnis: Die Gesetze können weder eine sachgerechte Integrationspolitik noch bessere Teilhabemöglichkeiten garantieren. Landesintegrationsgesetze können zwar Integrationspolitik steuern, indem sie Strukturen für Koordination und Mitwirkung schaffen oder stärken. Über ihre Wirkung entscheidet jedoch nicht nur die rechtliche Ausgestaltung, sondern auch die politische Umsetzung.

Die IGfH auch 2017 wieder vielfältig aktiv!

Die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) hat 2017 gemeinsam mit ihren rund 1500 Mitgliedern und Partner_innen viel bewegt. Eine **Vielfalt von „Produkten“** macht dies u.a. nach außen sichtbar. Der Bogen spannt sich von Veranstaltungen über Publikationen hin zu zahlreichen Stellungnahmen zu zentralen Themen der Kinder- und Jugendhilfe. Und nicht zuletzt wird über die Gremien, Fachgruppen, Regionalgruppen, Arbeitskreise und Treffen der gewählten IGfH-Aktiven eine Vielzahl von fachlichen Austauschforen und -möglichkeiten sichtbar.

Eine Kurzübersicht der Aktivitäten des Fachverbandes 2017 zeigt, dass hinter den zahlreichen Aktivitäten des Netzwerkverbandes der IGfH **querliegende inhaltliche Diskussionslinien** liegen wie z.B. die **kritische und auch fachliche Begleitung des Diskussionsprozesses um die SGB VIII-Reform sowie** das **Engagement im Bereich der Care Leaver und das kritische Augenmerk auf die Übergänge in den Hilfesystemen**. Das **Engagement zum Umgang mit jungen minderjährigen Flüchtlingen** sowie zum Themenkreis Flucht in der Kinder- und Jugendhilfe, das Engagement der IGfH und ihrer Netzwerke im Bereich **Kinderrechte und Beteiligung** sowie die Diskussionsprozesse in dem von der IGfH moderierten **Dialogforum Pflegekinderhilfe** zeigen, dass es bei der Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe wichtig ist, Anschlüsse an die Reformen im Bereich des Gesamtspektrums der Hilfen zur Erziehung zu halten und gleichzeitig die Besonderheit der Pflegekinderhilfe abzusichern. Einen breiteren rückschauenden Blick in die Arbeit der IGfH erlaubt der Geschäftsbericht der IGfH von 2014 bis 2016.

Auch 2018 freut sich der Fachverband zusammen mit seinen Partner_innen und allen, die sich für die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung engagieren wollen, auf Ihre Ideen und Vorschläge.

Aktuelles auf der Homepage der IGfH:

Das Fortbildungsprogramm 2018 ist erschienen! www.igfh.de > Veranstaltungen.

Aktuelle Fort- und Weiterbildungen der IGfH

FB-01-2018: Arbeiten mit Kindern psychisch erkrankter Eltern

ab 05.-07. März 2018 | Koblenz | Referentin: Monika Sausen

schon ab 240,- €

Sind oder werden Eltern psychisch krank, sind deren Kinder in erheblichem Ausmaß davon betroffen. Häufig kämpfen sie mit verwirrenden Umständen, Verhaltensweisen und Äußerungen eines oder beider Elternteile, gravierenden Veränderungen ihrer Lebenswelt oder gar mit traumatisierenden Erlebnissen.

[Weiter lesen | Anmeldung]

FB-02-2018: Junge Geflüchtete im Übergang gut begleiten – auch an den Schnittstellen zu anderen Rechts- und Leistungssystemen

18.-20. April 2018 | Berlin | Referentin: Nerea González Méndez de Vigo, Franziska von Nordheim

schon ab 295,- €

Alle jungen Menschen aus Wohngruppen, Pflegefamilien und Heimerziehung stehen beim Auszug bzw. dem Hilfeende vor vielfältigen Herausforderungen. Dies ist für junge Geflüchtete in besonderer Weise herausfordernd: Veränderte, z.T. nicht aufeinander abgestimmte rechtliche Rahmenbedingungen, Zurechtfinden in gesellschaftlich neuen Kontexten, in der eigenen Wohnung ankommen und in der Unsicherheit eine eigene – wenn auch kurzfristigere – Lebensperspektive entwickeln und verfolgen....

[Weiter lesen | Anmeldung]

Abbestellen

Wenn Sie den ForE-Online-Newsletter nicht länger beziehen möchten, genügt eine entsprechende E-Mail an igfh@igfh.de